

Sehr geehrter, lieber Herr Weidmann

Sehr geehrte Frau Ministerpräsidentin Kallas, Frau Ministerpräsidentin Šimonytė, Herr Ministerpräsident Kariņš

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Köhler

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Schüssel

Sehr geehrter Herr Gerken

Meine sehr verehrten Damen und Herren aller Ehren!

Dass die Friedrich-August von Hayek-Stiftung mir ihren Preis für politische Publizistik verleiht, ist mir wirklich eine ganz besondere Freude und Ehre. Und mehr noch: es katapultiert meine Trophäensammlung auf eine völlig neue Ebene, die bisher vor allem daraus bestand, dass ich als Kind einmal bei einem Preisausschreiben eine aufblasbare Banane gewonnen habe.

Dankbar und etwas verlegen machen mich auch Ihre freundlichen Worte, lieber Herr Weidmann. Aber ich verstehe sie als Bestätigung und Ermutigung für ein Engagement, das mich tatsächlich in zunehmendem Maße umtreibt: die bürgerliche Mitte unserer Demokratie zu beleben und eine zeitgemäße bürgerliche Politik zu begründen.

„Politische Stellung und politischen Einfluß habe ich nie gehabt und nie erstrebt; aber in meinem innersten Wesen, und ich meine, mit dem Besten was in mir ist, bin ich stets ein *animal politicum* gewesen und wünschte ein Bürger zu sein.“ So schrieb Theodor Mommsen im September 1899, und er beklagte zugleich, wie schwer es in Deutschland sei, Bürger zu sein. Nun will ich nicht über Deutschland klagen, wohl aber über den Bürger sprechen.

Denn das Bürgerliche machte und macht den Unterschied, von der Aufklärung bis zu den Kulturkämpfen der Gegenwart. Die bürgerliche Moderne war *der* große Gegenentwurf zur vormodernen Ständegesellschaft. Dort entschieden Herkunft und Stand über den Platz des Einzelnen in der Gesellschaft. Anders die bürgerliche Gesellschaft: Hier sollten es individuelle Leistung und freie Entscheidung, Qualifikation und Selbstbestimmung sein. Damit gibt die Moderne ihren Kindern auch das einzigartige Aufstiegsversprechen an die Hand, mit dem die Bundesrepublik über Jahrzehnte hin so glänzend gefahren ist. Ich selbst bin wie so viele meiner Generation ein großer Gewinner der Bildungsreformen. Sie haben mir die Möglichkeit verschafft, aus nichtakademischen ländlichen Mittelschichten eine Universitätsprofessur zu erreichen – und heute diesen Preis von Ihnen zu bekommen. Diese bürgerliche Gesellschaft ist eine offene Gesellschaft, so wie Ronald Reagan in seiner nach wie vor lesens- und sehenswerten Farewell Address vom 11. Januar 1989 die *shining city upon a hill* beschrieb: als ein dynamisches Gemeinwesen kreativer Individuen. Und wenn diese Stadt eine Mauer braucht, so Reagan weiter, dann hat sie

Tore, die all denen offenstehen, die dazugehören wollen. Zugehörigkeit nicht durch Stand und Herkunft, sondern durch freien Willen und Engagement.

Dieses Ideal könnte uns in den Herausforderungen der 2020er Jahre tragen: als Leitbild für ein innovatives und freies, offenes und zugleich wehrhaftes Gemeinwesen, das sich immer wieder bemüht, seine Ideale zur Realität zu machen und denjenigen faire Chancen zu eröffnen, die sie bislang noch nicht hatten.

Doch das ist nicht die Realität unseres Gemeinwesens im Jahr 2022. Stattdessen stellt eine immer offensivere *Wokeness* die *shining city* unter die Generalanklage der Diskriminierung – mit der Ansage, Diskriminierung der einen in der Vergangenheit durch Diskriminierung der anderen in der Gegenwart zu bekämpfen. Das fordert ihr prominenter Theoretiker Ibram X. Kendi ganz explizit. Das Ergebnis ist eine neue Ständegesellschaft des quotierten Nachteilsausgleichs, in der den Einzelnen ihr Platz nach Herkunftsmerkmalen wie Hautfarbe oder Religion, sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität zugewiesen wird.

In den USA können wir beobachten, dass die Gegenbewegung nicht ausbleibt – und dass sie sich ihrerseits radikalisiert: zu einem antikonstitutionellen Populismus, der nicht einmal die rechtsstaatlichen Institutionen demokratischer Wahlen respektiert – und der eine gesamte *Grand Old Party* infiziert.

Gerade vor dem Hintergrund meiner Erfahrungen in den USA treiben mich diese Anfechtungen der liberalen Demokratie von links und von rechts um. Ich möchte die Moralkeule der „Transphobie“ und der „Islamophobie“ genausowenig wie *fake news* und Fox News, keinen *woken* Gesinnungszwang und keinen 6. Januar. Was unser Land braucht (und das macht mich zugegebenermaßen zunehmend unruhig), ist eine sprechfähige bürgerliche Mitte und ihre handlungsfähige politische Repräsentation – zumal die liberale Demokratie nicht nur von innen, sondern auch von außen unter Beschuss steht: durch expansionistische Autokratien im globalen Osten, gegen die, das darf ich gerade als Historiker sagen, nur eines hilft: der uneingeschränkte Wille zur Selbstbehauptung in Verbindung mit der Sprache glaubwürdiger Abschreckung und den dafür nötigen Machtmitteln.

Damit bin ich bei der *besonderen* Ehre, die Sie mir mit diesem Preis zuteil werden lassen: dass Sie ihn mir nämlich gemeinsam mit den Ministerpräsidenten der baltischen Staaten verleihen. Eine größere Freude hätten Sie mir kaum machen können.

Wir haben vor vier Jahren eine große Rundreise durch die baltischen Staaten gemacht. Wir waren überwältigt von der Schönheit der Kurischen Nehrung und der Stadt Riga mit ihrem Jugendstil, von der faszinierenden Mischung aus Tradition und Moderne in Tallinn und tief bewegt von den Museen der Besatzungen. Und wenn Estland der Europäischen Union und gerade Deutschland heute zeigt, wie Digitalisierung geht – dann ist dies eine der schönsten Geschichten der Geschichte nach 1990. Ja: die Osterweiterung von NATO

und EU waren *die* Erfolgsgeschichte nach dem Ende des Kalten Krieges, und ich empfinde gerade als Historiker tiefe Freude, dass die baltischen Staaten heute unverbrüchlich zur freien Welt gehören. Immer wieder berührt mich die Geschichte dieser alten Ostseeanrainer, dem Meer und der Welt zugewandt, die zwanzig Jahre nach ihrer Unabhängigkeit zum Opfer des Paktes der schlimmsten Diktatoren wurden. 1940 marschierten die Sowjets ein, 1941 die Deutschen und 1944 wieder die Sowjets – drei Besatzungsregime im Zweiten Weltkrieg, denen viereinhalb Jahrzehnte sowjetischer Fremdherrschaft folgten. Wer, wenn nicht Balten, Polen und Ukrainer haben die Abgründe der Geschichte des 20. Jahrhunderts in ihrer größten Brutalität erlebt?

Als Historiker will man nicht moralisieren, und doch gibt es eine Moral der Geschichte. So wichtig Realpolitik ist, so sehr wird Realismus ohne Werte zynisch. Und welche Werte sind es, wenn nicht jene unveräußerlichen Rechte von *life, liberty and the pursuit of happiness*, auf denen die Idee der bürgerlichen Gesellschaft beruht – und für die wir kämpfen müssen, heute nicht anders als 1990/91, 1940 oder 1776.

Wenn es eine historische Verantwortung des Westens gibt, dann ist es die, dass Ihnen nie wieder geschehen soll, was Ihnen widerfahren ist. Und deshalb kann der Westen gar nicht fest genug an Ihrer Seite stehen. Dass wir das so gern auch den Ukrainern sagen würden, es so aber nicht machen können, führt uns die Dilemmata der internationalen Politik vor Augen, denen wir nicht entkommen. Umso mehr aber gilt die Verpflichtung, alles, was möglich ist, zu tun, um die Souveränität der Kleineren und Schwächeren gegen das Faustrecht des Stärkeren zu schützen – und uns nicht mit selbstbezogenen hingebogenen Verweisen auf die deutsche Geschichte aus unserer Verantwortung zu stehlen.

Das ist die Botschaft, die von dieser Stelle ausgeht. Und daher nutze ich die Reihenfolge des Programms, um meinen tief empfundenen Dank an die Hayek-Stiftung damit zu verbinden, dass ich Ihnen als Erster zu Ihrem Preis und zugleich der Stiftung zur Wahl ihrer Preisträger gratuliere